

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag

Christine Kamm



Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter, die Abhängigkeit vieler Menschen wächst. Anfang der 60er Jahre hat Afrika noch Getreide exportiert, heute muss es 25 Prozent seiner Lebensmittel importieren. Immer mehr Menschen leiden unter steigenden Lebensmittelpreisen. Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass Entwicklungen in die falsche Richtung laufen und Entwicklungspolitik sich grundsätzlichen Fragen stellen muss: Geht die Entwicklungspolitik von grundfalschen Zielsetzungen aus? Setzt sie auf die falschen Mittel? Ist die Entwicklungspolitik nur ein wirkungsloses Alibi, das konterkariert wird durch wirtschaftliche Entwicklungen, die in die falsche Richtung laufen? Was muss an der Entwicklungspolitik verbessert werden?

Es muss in Zukunft unbedingt verhindert werden, dass eine Kluft zwischen dem, was zu tun geglaubt und vorgegeben wird, und dem, wie die betroffene Bevölkerung entwicklungspolitische Aktivitäten erlebt, besteht, und dass Entwicklungszusammenarbeit durch eine Wirtschafts- oder Außenpolitik konterkariert wird, die sich für die Betroffenen höchst nachteilig auswirkt und der sie machtlos gegenüberstehen.

Perspektive der Betroffenen

Daraus folgt: Die Situation, deren Ursachen und die Entwicklungen müssen wesentlich besser und genauer verstanden werden und aus der Perspektive der Betroffenen gesehen werden. Es geht nicht um die Frage: „Was ist wie zu erreichen?“, sondern um die Frage „Welche Ziele habt Ihr, an welcher Zusammenarbeit seid Ihr interessiert?“ und darum, nach Bedarf unterstützend zur Seite zu stehen, Informationen, und Ressourcen zur Verfügung zu stellen und die darauf basierenden Entscheidungen zu respektieren und zu unterstützen.

Eine Welt-Arbeit statt Entwicklungshilfe

Entwicklungszusammenarbeit darf zudem nicht getrennt von anderen Politiken gesehen werden und darf nicht im Widerspruch dazu stehen oder sich diesen unterordnen.

Nachhaltiger Lebensstil

Unser Lebensstil, unser Verbrauch an Ressourcen und Energie muss sich ändern, wenn wir die Lebenschancen zukünftiger Generationen bewahren und nicht auf Kosten anderer leben wollen. Die Folgen des Klimawandels werden oft auch ärmere Länder zu tragen haben, die nicht zu den Verursachern der erhöhten CO₂- und Schadstoffemissionen zählen, und treffen die Ärmsten besonders hart.

Gerechte Handelsbedingungen auf dem Weltmarkt

Es läuft etwas grundsätzlich verkehrt auf dem Weltmarkt. Arbeitsintensive Produkte der ärmeren Länder werden immer billiger, die Exporte der Industrieländer teurer. Ein gerechter Welthandel braucht faire Löhne für alle und Umweltstandards. Entwicklungsländer sind dann weniger auf billige Importe aus dem Westen angewiesen und damit konkurrenzfähiger. Sie können dann verstärkt ihre eigenen, regional hergestellten Produkte anbieten. Wir müssen auch sofort die Vergehen der westlichen Welt an den Zukunftsperspektiven der Menschen in den ärmeren Ländern beenden wie Land-Grabbing, Plünderung der Ressourcen z.B. bei der Fischerei, preistreibende Nahrungsmittelspekulationen, Importanreize für Futtermittel oder Energiepflanzen auf Kosten einheimischer Lebensmittelversorgung oder

der Urwälder, Entsorgung aller Art von Schrott unter dem Deckmantel der Verwertung usw.

Fairer Handel ist der Schlüssel

Durch fairen Handel und nachhaltige öffentliche Beschaffung können Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und das Land Bayern einen wichtigen Beitrag leisten, um die Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verringern. Wir wollen die Anzahl der „Fairen Kommunen“ und Landkreise deutlich erhöhen. Mit dem Umsatz von Fairtrade-Produkten auf dem europäischen Markt ist bereits ein Anfang gemacht. In Deutschland wurden im vergangenen Jahr 400 Mio. Euro für fair gehandelte Waren ausgegeben, das entspricht etwa 5 Euro pro Kopf. Das muss mehr werden. Es gibt zwar eine Steigerungsrate von 15 bis 25 Prozent jährlich, aber wir wollen möglichst schnell erreichen, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Arbeit mehr importiert werden, keine Straßenbelagsplatten für Innenstädte aus chinesischen Zwangsarbeiterlagern, keine Teppiche aus Kinderarbeit, keine Textilien, gefertigt von Näherinnen, die von den Löhnen ihre Familie nicht ernähren können.

Über 1000 Tote in Textilfabrik in Bangladesch – und wieder ist KiK einer der Auftraggeber

Über 1000 Menschen, vor allem Näherinnen, sind im April 2013 beim Einsturz eines Gebäudes in Bangladesch getötet worden. Wenige Monate zuvor starben in Pakistan viele Näherinnen in Nöhereien bei Brandkatastrophen in Firmen, die auch für europäische Handelsketten produzierten. In dem eingestürzten Gebäude in Bangladesch wurden Textilien für den Export produziert, auch für KiK und die europäischen Handelsketten Primark (Großbritannien), Mango (Spanien) und Benetton (Italien). Europa ist der wichtigste Handelspartner Bangladeschs, darum steht auch Europa in besonderer Verantwortung.

Die Ankündigung der EU-Kommission, den Zugang für Textilien aus Bangladesch zu erschweren, wenn die bangladeschische und andere Regierungen die Arbeitsbedingungen und die völlig unzureichenden Sicherheitsstandards nicht wesentlich verbessern, muss sofort umgesetzt werden.

Verpflichtung zur Offenlegung von sozialen Standards

Auch der Druck auf die großen Handelsketten muss erhöht werden. Leider weigert sich die Bundesregierung nach wie vor, konkrete Schritte zu gehen. Nötig ist die Verpflichtung zur Offenlegung von sozialen Standards in den Zulieferfirmen deutscher und europäischer Konzerne. Wir brauchen eine grundlegende Änderung der Öffentlichkeitsarbeit unserer Handelsfirmen. Beschämend ist, dass sich KiK auch nach der Tragödie keinesfalls um Aufklärung bemühte, sondern versuchte, die Beteiligung zu vertuschen. Dies gelang ein paar Tage, dann wurden KiK-Label in den Ruinen der Fabrik gefunden, die zur Todesfalle für hunderte von Menschen wurde.

Für den Rohstoffsektor hat das europäische Parlament die Verpflichtung zur Offenlegung jüngst gegen den expliziten Willen der Bundesregierung durchgesetzt. In den kommenden Jahren sollen weitere Branchen folgen.

Öffentliche Proteste zeigen Wirkung

Nach den verheerenden Katastrophen in Bangladesch erklären sich C&A, KiK, H&M und Aldi endlich dazu bereit, die Sicherheitsstandards im Textilsektor zu verbessern und unterzeichneten ein Brandschutzabkommen. Das jetzt von vielen Unternehmen unterzeichnete Abkommen sieht vor, dass sowohl Brandschutzmaßnahmen als auch die Gebäudesicherheit durch unabhängige Stellen geprüft werden. Gibt es Verstöße oder Sicherheitsmängel, müssen diese behoben werden, und zwar unter Kostenbeteiligung der europäischen Auftraggeber. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Regierung Bangladeschs im Schnellverfahren entschieden hat, Gewerkschaften in den Fabriken auch ohne Zustimmung der Unternehmer zuzulassen. Das ist wünschenswert, denn die Arbeitsstandards sind noch immer verheerend.

Als konkrete nächste Schritte schlage ich vor:

- 1) Eine Welt-Politik ist eine flächendeckende Aufgabe, sie muss daher auch Aufgabe der Bundesländer sein. Bayern muss sich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, der Förderung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements und -Partnerschaftsarbeit annehmen.
- 2) Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten im Bayerischen Landtag soll der zuständige Landtagsausschuss für alle Fragen

rund um Eine Welt-Politik werden. Diese Zuständigkeit soll künftig auch im Namen des Ausschusses deutlich werden, z.B. Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Eine Welt.

- 3) Eine Welt-Politik ist hierbei Querschnittsaufgabe und kann nicht wirtschaftspolitischen Zielsetzungen untergeordnet werden: konsequenterweise fordern die bayerischen Eine Welt-Gruppen wie auch die Grünen die klare Gesamtzuständigkeit der Bayerischen Staatskanzlei für Eine Welt-Politik.
- 4) Der Freistaat Bayern soll sich baldmöglichst am bundesweiten „PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“ beteiligen. Neben der Förderung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements auf lokaler Ebene sind in Bayern insbesondere Fairer Handel, Globales Lernen, nachhaltige Beschaffung und Partnerschaftsarbeit zu unterstützen, wie dies auch andere Bundesländer tun.

Zudem muss sich der Freistaat mehr um Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit kümmern. Im Rahmen des „Globalen Lernens“ soll der Freistaat Bayern verstärkt mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten und deren inländische Projektarbeit sowie insbesondere die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern durch das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. unterstützen.

Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit ist zu stärken. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung. Der Freistaat Bayern verstärkt daher den Prozess zur Internationalisierung seiner Hochschulen, indem er fremdsprachige Studiengänge fördert, Stipendien vergibt und Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit dem Ausland unterstützt. Die auf bestimmte Regionen spezialisierten Hochschulzentren übernehmen hierbei teilweise eine Brückenfunktionen und sind darin zu stärken.

- 5) Ich befürworte den vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. vorgelegten Satzungsentwurf für eine Stiftung „Bayern-EineWelt“ incl. Beteiligung der Fraktionen im Bayerischen Landtag.
- 6) Kommunale Partnerschaften sowie NGO-Partnerschaften und Schulpartnerschaften sind wichtige Bestandteile der bayerischen Eine Welt-Politik. Eine Welt-Politik erfolgt subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und Menschen in den

Partnerländern sowie zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Ein guter Ansatzpunkt für den Aufbau von Partnerschaften sind die Anlaufstellen in den bayerischen Partnerregionen. Sehr erfolgversprechend sind Kooperationen zwischen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und bayerischen Unternehmen in den Partnerregionen. Die Zusammenarbeit von Bayern in globaler Verantwortung bedeutet auch globale Verantwortung der bayerischen, international agierenden Unternehmen. Das sind häufig weltweit tätige Unternehmen, die die Lebensbedingungen vieler Menschen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern, beeinflussen. Diese Unternehmen profitieren von der bayerischen Außenwirtschaftsförderung, die allerdings die globale Unternehmensverantwortung kaum berücksichtigt. Bisher hat das Wirtschaftsministerium noch keine brauchbaren Förderrichtlinien entwickelt. Wir wollen das ändern. Internationale Unternehmensverantwortung muss künftig ein wichtiger Aspekt der bayerischen Wirtschaftspolitik werden.

- 7) Unser mittelfristiges Ziel ist es, aus Bayern das erste – faire Bundesland Deutschlands zu machen. Mit dem Konzept der „Fairen Kommune“ ist auch die Stärkung der regionalen Wirtschaft verbunden, denn Fairness fängt vor der eigenen Haustüre an, bei den HandwerkerInnen, Bauern und Bäuerinnen und den UnternehmerInnen der Region.
- 8) Beim Fairen Handel soll die öffentliche Hand vorbildhaft sein. Wo immer möglich, sollen fair gehandelte Produkte beschafft werden, als sichtbares Zeichen hierfür und auch Werbebotschafter sind fair gehandelte Produkte bei allen Veranstaltungen oder in Gaststätten und Kantinen der öffentlichen Verwaltung zu verwenden. Der Freistaat Bayern wirkt ferner intensiv darauf hin, dass in Schulen Bälle aus Fairem Handel genutzt werden. Die Verköstigung an Schulen in Bayern soll bio-regional-fair erfolgen.
- 9) Im Bereich der gesamten öffentlichen Beschaffung sind soziale und ökologische Kriterien zu Grunde zu legen. Dies betrifft u.a. auch den Einkauf von Polizeiuniformen, von Natursteinen oder Baumwollprodukten (Handtücher, Bettwäsche, etc.) bei staatlichen Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Die Verwendung von Recyclingpapier in der öffentlichen Verwaltung wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Es ist Aufgabe der Bundesrepublik, dafür zu sorgen, dass die Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit oder das Recht auf Vereinigungsfrei-

heit eingehalten werden. Das gleiche gilt für die Einhaltung der zahlreichen multilateralen Umweltabkommen sowie für die Einhaltung und den Schutz aller Menschenrechte durch Unternehmen im In- und Ausland, über die gesamte Produktions- und Wertschöpfungskette hinweg.

- 10) Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört auch der kritische Umgang mit der bayerischen Rüstungsproduktion und mit Rüstungsexporten. Bayern ist der größte Waffenexporteur Deutschlands. Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Gerade darum machen wir deutlich: Mit Unterdrückung und Krieg in anderen Teilen der Welt sollte Bayern keine Geschäfte machen. Als stärkstes waffenexportierendes Bundesland hat Bayern eine besondere Verantwortung. Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sind im Freistaat ansässig. Zusammen machen die bayerischen Rüstungsunternehmen einen jährlichen Umsatz von fast 15 Milliarden Euro. Damit kommt Bayern bei der Eindämmung deutscher Rüstungsexporte eine besondere Rolle zu. Wir setzen uns deshalb sowohl im Land als auch auf Bundes- und europäischer Ebene für den Umstieg dieser Industrien auf zivile Fertigung ein. Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen unseres Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen. Zusätzlich fordern wir die Abschaffung des Kooperationsabkommens zwischen Kultusministerium und Bundeswehr. Außerdem fordern wir strengere deutsche und europäische Regeln sowie europäisch koordinierte Vorabkontrollen für die Ausfuhr von sensiblen Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, insbesondere für Überwachungstechnologie. Immer wieder wird bekannt, dass AktivistInnen und Oppositionelle in autoritären Staaten wie Bahrain, Syrien oder Iran mithilfe deutscher Spyware geortet, verfolgt und in der Folge festgenommen oder gefoltert werden. Der Export dieser Überwachungstechnologie ist legal. Deutsche Unternehmen müssen den Verkauf allenfalls melden, Genehmigungen müssen nicht erteilt werden. Auch hier trägt Bayern aufgrund seiner herausragenden Exportstellung innerhalb Deutschlands und in der Welt eine besondere Verantwortung, umso mehr als Schwarz-Gelb im Bundestag ebenso wie im Europäischen Parlament immer wieder als Blockierer und Verteidiger von Lobbyinteressen agiert hat.